



Wir machen
Freizeit zum
Vergnügen!

Größter Spitzenverband der Schausteller und Marktkaufleute
Mitglied in der
Weltunion der Großmärkte (WUWM) und der
Europäischen Schausteller-Union (ESU)

<http://www.bsmev.de>
E-Mail: info@bsmev.de



BSM

Bundesverband Deutscher Schausteller und Marktkaufleute e.V.
Hauptgeschäftsstelle: Im Johdorf 26 · 53227 Bonn · Telefon (02 28) 22 40 26 · Fax (02 28) 22 19 36

Grandiose Großkundgebung mit designierten bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder

Trotz enormen Terminüberschneidungen nahm sich Staatsminister Dr. Markus Söder die Zeit, um an der 41. Landesdelegiertenkonferenz der bayerischen Marktkaufleute und der Schausteller mit dem 100-jährigen Jubiläum der Bezirksstelle Erlangen teilzunehmen. Staatsminister Söder und BLV-Präsident Wenzel Bradac; zwei brillante Rethoriker, die sich die Bälle der vielfältigen Themen zuspielten. Beide Redner verzichteten auf ihre Textvorlagen, hielten ihre Reden frei und begeisterten das anwesende Auditorium.

Nürnberg – München – Erlangen – München war die kurzbeschriebene Reiseroute, die Staatsminister und designierter Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf sich nahm, um an der 41. Landesdelegiertenkonferenz mit seinen über 300 Delegierten und Gästen teilnehmen zu können. Dieses zeigt auf, wie wichtig ihm die bayerischen Marktkaufleute und Schausteller sind. Das honorierte auch der BLV-Präsident Wenzel Bradac und änderte kurzfristig die Rednerliste und gab hier dem Staatsminister den Vortritt. Staatsminister Söder



BLV-Präsident Wenzel Bradac.

der konnte in seiner Rede bereits auf die Punkte von Bradac eingehen, da dieser bereits im Vorfeld, dem Staatsminister seine Rede zur Verfügung stellte.

Auch Oberbürgermeister Dr. Florian Joseph Janik schuldete in seiner Begrüßung das enge Zeitfenster des Staatsministers. Auch für die Stadt Erlangen sind ihre Marktkaufleute und Schausteller ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Das war auch der Grund, warum die Heinrich-Lades-Halle seinen Umbaubeginn um drei Wochen ver-

schoben hat. Damit konnte die Möglichkeit geschaffen werden, dass die 41. Landesdelegiertenkonferenz und das 100-jährige Jubiläum stattfinden konnte.

Oberbürgermeister Janik erörtert in seiner Rede, dass das Aushängeschild Bergkirchweih nicht alleine die Wertstellung des Prädikats „besonders wertvoll“ in der Verwaltung erhält, sondern auch die vielen kleinen Stadtteilkirchweihen erhalten. Oberbürgermeister Janik dankte hier den vielen kleinen Schaustellern, die diese Kirchweihen beschicken, auch wenn diese wissen, dass hier kein großes Geld zu machen ist. Für Janik tragen Marktkaufleute und Schausteller sehr viel am Flair von Erlangen, der Städte von Bayern und sogar von Deutschland bei. Darum sprach er ihnen allen seinen Dank aus. Auch für Staatsminister Söder sind nicht nur die ganz großen Feste, sondern auch die vielen kleinen Ortskirchweihen Heimat die verbindet. Deshalb dankte er den bayerischen Marktkaufleuten und Schaustellern, was diese an der Stelle für Bayern leisten. Söder war schon immer ein Fan vom selbstständigen Marktkaufmann und Schausteller, der viel Risiko, wie Wetter und andere neuzeitliche Probleme schultern müssen. Eine weitere Bewunderung hegt er, weil Marktkaufleute und Schausteller reine Familienbetriebe sind.

Märkte und Volksfeste dürfen nicht privatisiert werden

Das größte Problem an den Privatisierungen ist, dass die Generalunternehmer und Eventgesellschaften Pro-

fit aus den auszurichtenden Veranstaltungen ziehen wollen. Deshalb werden hier nicht nur die anfallenden Kosten der eigentlichen Veranstaltung, sondern auch ein attraktiver Gewinn für den Veranstalter auf den Marktkaufmann und Schausteller umgelegt. Da diese Kosten nicht die einzigen sind, die ein Marktkaufmann oder ein Schausteller zu schultern hat, können sich viele Kollegen aus dem Reisegewerbe das nicht mehr leisten. Branchenfremde lassen sich von den Versprechen der Veranstalter blenden und versuchen bekannte und bewährte Besucher zu verdrängen.

Fazit ist dann immer wieder – die Veranstaltungen werden aus dem Veranstaltungskalender gestrichen, weil es sich keiner mehr leisten kann, diese traditionellen Veranstaltungen zu erhalten.

„Marktkaufleute und Schausteller machen Volksfeste. Das heißt – wir machen Veranstaltungen bei dem die Bevölkerung für ein Volksfest volkstümliche Preise erwartet“, so Präsident Bradac in seinem Referat.

Konkurrenzveranstaltungen und Streichungen von Veranstaltungen – BLV-Präsident fordert Mitspracherecht bei Eingriffen in Veranstaltungen –

BLV-Präsident Bradac sieht auch in den immer mehr werdenden Konkurrenzveranstaltungen – die meist auch noch zur gleichen Zeit abgehalten werden – ein existentielles Problem für Marktkaufleute und Schausteller. Immer öfter kommt es vor, dass ein Vereinsfest,



Staatsminister Dr. Markus Söder.



ein Streetfood-Festival, ein Bürger- oder Straßenfest stattfindet. Hier wird keine Beziehung zur traditionellen Veranstaltungen geschaffen, sondern sie müssen konkurrieren und das ist für keine der Veranstaltung erträglich. Auch kommt es immer wieder vor, dass traditionelle Termine, ohne Rücksicht auf die Beschicker verschoben oder gar gestrichen werden. Hier muss zukünftig ein Verbandsanhörungsrecht eingeräumt werden.

Bei kleinen Kirchweihen wird es, aufgrund der eigenen Beobachtungen von Markkus Söder, tatsächlich immer schwerer, diese mit Markt- und Schaustellergewerbe zu bestücken. Nicht, weil es der Marktkaufmann und der Schausteller nicht wollen, sondern weil durch die anwachsenden Konkurrenzveranstaltungen es ihm nicht mehr möglich ist zu überleben, bestätigt Söder in seiner Rede. Zu viele Ersatzveranstaltungen, von Vereinen, Kommunen und auch aus dem privaten Bereich, werden auf Dauer die traditionellen Kirchweihen schädigen. Hier muss ein vernünftiges Miteinander, für die Veranstaltungen die jährlich im Kalender sind und derer, die zusätzlich veranstaltet werden, geschaffen werden. Auch bei Verschiebungen und Streichungen von traditionellen Veranstaltungen stimmt Söder dem BLV-Präsident zu. Terminverschiebungen führen zu Überschneidungen mit anderen Veranstaltungen und für den einzelnen Marktkaufmann und Schausteller zur Störung des Saisonsablaufs. Marktkaufleute können keine kontinuierliche gleiche Einnahme generieren. Die Umsätze sind dabei nicht nur wetterabhängig. Kommunen können nicht sagen, wir brauchen Marktkaufleute und Schausteller – wir wollen aber dafür nichts tun. Hier muss ein rasches Umdenken erfolgen.

Punktesystem – die Menschlichkeit geht verloren

Präsident Bradac versteht zwar, dass sich die Verwaltungen, aufgrund der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie und damit verbundene Prozessflut, absichern wollen, doch hier darf nicht uneingeschränkt auf die Menschlichkeit verzichtet werden. Als Allheilmittel haben sich verschiedene Verwaltungen ein Punktesystem erarbeitet, um hier transparent ihre Entscheidungen rechtssicher darlegen zu können. Alleine bei der Transparenz bleiben, für den einzelnen Bewerber, viele Fragen offen. Hier wurde auch gleichzeitig der Willkür Tor und Tür geöffnet. Die Entscheidung was attraktiv ist, ist ein subjektives Empfinden einer Person und verlangt



ein fundiertes Fachwissen. Das Punktesystem schließt z. B. aus, dass ältere Unternehmen, die es sich aufgrund ihrer Reiseroute nicht leisten können, ständig neue Geschäfte zu präsentieren, weiterhin auf einem der vorderen Punktebewertungen zu bleiben. Dass diese Geschäfte gepflegt und die Betriebsführung in allen Punkten einwandfrei ist, ist eine Nebenkategorie die nicht relevant eingestuft ist. Man verlangt z. B. auch, dass kleine und mittlere Betriebsgrößen eine umweltfreundliche Zugmaschine anschaffen. Das ist bei einer Jahreskilometerleistung von 1.500 bis 3.000 Kilometer nicht erschwinglich. Hier setzt sich der Landesverband dafür ein, dass das Kriterium „Bekannt und bewährt“ wieder im Punktesystem eine höhere Würdigung erfährt. Genau diese Marktkaufleute und Schausteller, die nun durch das Raster einiger Kommunen fallen, waren der Garant für eine gelungene Veranstaltung und die Entwicklung dieser Traditionsveranstaltung.

Auch ist es nicht nachvollziehbar, weshalb die Kinder des Unternehmers, die im Betrieb als Mitunternehmer



aufgenommen werden sollen und dass das bisherige Unternehmen als Neubewerbung in der Punktevergabe Neubewertet werden.

Arbeitszeitgesetz – Anpassung an die Realität

Der Bürokratische Aufwand bei der Dokumentationspflicht bei der Arbeitszeit belastet das Reisegewerbe schwer. In diesem Punkt stellt man wieder einmal fest, wie realitätsfremd Gesetze ausgearbeitet werden. Hier muss seitens des Staats nachgebessert und mehr Augenmerk auf die verschiedenen Branchen und deren Umfeld gelegt werden.

Evaluierung des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz

Immer noch schockierend ist, dass Schausteller unter das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz fallen. Die Politik hat hier zwar Unterstützung zugesagt, aber in den verantwortlichen Behörden, die für diese Überar-



beitung, der bereits seit 2004 geltenden Liste, zuständig sind, zeigte keine Reaktion. Bei der Eröffnung des Münchner Oktoberfests konnten die Schaustellerverbände ein Gespräch mit Frau Nahles führen. In diesem Gespräch teile sie mit, dass sie gar nichts dagegen hätte, wenn Schausteller von der Schwarzarbeiterbekämpfungsliste gestrichen werden. Es ist deshalb für Bradac ein Rätsel, weshalb die Evaluierung noch immer aussteht.

BLV-Präsident Bradac setzt nun die Hoffnung auf Staatsminister Söder, dass hier nun endlich die notwendige Bewegung kommt. Für den Schausteller wäre es ein weiterer Schritt in Richtung „Entbürokratisierung“.

Auch in diesem Punkt stimmt Söder dem Präsidenten zu. Es muss zu einer Evaluierung kommen, da der Generalverdacht nicht haltbar und angemessen ist. Kontrollen bei Marktkaufleuten und Schaustellern sind nicht schwer und die Kontrollen sind hier gegeben. Deshalb muss hier, laut Staatsminister Söder, eine

Streichung von der Schwarzarbeiterbekämpfungsliste erfolgen.

Bargeld – Freiheit für den Bürger

Beim kursierenden Thema Bargeldverbot wird stets die Bekämpfung der Kriminalität, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung angeführt. Das diese bekämpft werden müssen, steht auch für Bradac außer Frage. Es gibt jedoch, nach seinem Wissen, keine einzige wissenschaftliche fundierte Studie, die die Wirksamkeit einer Obergrenze für Barzahlungen zur Kriminalitätsbekämpfung belegt.

Die Debatten für ein Bargeldverbot steckt auch ein Misstrauen des Staates hin, der so, nach der Meinung von Söder, nicht stehen bleiben kann und darf. Er hat es noch nie erlebt, dass ein Besucher auf einen Volksfest mit einem 500 Euro Schein bezahlten wollte. Nicht nur aus dem Grund, dass dieser damit rechnen muss, dass er diesen hier nicht wechseln kann. Ein cleverer Schausteller würde, nach der Meinung von Söder, so reagieren, dass er zum Gast sagt: „Machen Sie mal so lang bis sie fertig sind“. Der mündige Bürger soll weiterhin entscheiden können, wie er bezahlen will.

Bayerische Marktkaufleute und Schausteller fordern

– Staat muss für die Sicherheit der Bevölkerung aufkommen! –

Präsident Wenzel Bradac fordert die zentrale Pflicht und Aufgabe als Hoheitspflicht des Staates ein. Volksfeste und Märkte sind nicht die Verursacher dieser Erscheinung, sondern selbst leidtragende Opfer.

Sicherheit muss sein und steht auch für jeden Marktkaufmann und Schausteller an oberster Stelle. Die abstrakten Sicherheitsprobleme, die durch eine äußere Bedrohung entstanden ist, ist Aufgabe des Staates. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gehört zum Kernbereich hoheitlicher und somit staatlicher Tätigkeit. Alle behördlichen Maßnahmen zum Schutz vor Terroranschlägen sind somit aus dem Haushalt der öffentlichen Hand zu tragen. Unsere Gesellschaft darf sich weder einschüchtern lassen noch dem Diktat der Terroristen unterwerfen. Ändern wir unsere Lebensart, haben die Terroristen gewonnen, ohne überhaupt ein Attentat, egal welcher Art, begangen haben.

Auch Staatsminister Dr. Markus Söder bestätigt die Meinung des BLV-Präsidenten Wenzel Bradac und seinen bayerischen Marktkaufleuten und Schaustellern. Volksfeste und Märkte dürfen keine Volksfestungen werden. In dem einen vorliegenden Fall zum Weihnachtsmarkt 2017 hätte der Staat schon vorher eingreifen und den potenziellen Attentäter abschieben müssen. Deshalb gilt auch seine Forderung nach einen starken Staat. In Bayern wird versucht, die Sicherheit in Zusammenarbeit und Vernünftig mit den Marktkaufleuten und Schaustellern zu gestalten. Söder sieht aber auch ein Problem in der Berichterstattung. Die Medien greifen viel zu viel die „was könnte sein“ Argumentation auf. Hier wird jeder potenzielle Besucher verunsichert. Das ist eine reale Schwächung der Schausteller- und Marktkultur, so Söder. Angstmacherei nützt keinen, da dieses die Sicherheit nicht erhöht. Hier ist er ganz und gar auf der Seite des BLV-Präsidenten Wenzel Bradac. Die Vorfeldberichterstattung sollte mehr über das schöne im Vordergrund erfolgen.

Mit einem großartigen Standing Ovation bedankten sich die über 300 anwesenden Gäste beim Staatsminister Söder und dem BLV-Präsidenten Wenzel Bradac für die hervorragenden rhetorischen und auf den Punkt gebrachten Reden zu den Problemen im Reisegewerbe.

Der Bayerische Landesverband der Marktkaufleute und der Schausteller, ganz besonders BLV-Präsident Wenzel Bradac, bedankt sich hiermit für diese informative und aussagekräftige Veranstaltung und freut sich bereits heute, mit Staatsminister Söder in nächster Zukunft in einem anderen Verantwortungsbereich, wiederholt die Berufsprobleme der Marktkaufleute und der Schausteller, tiefgreifend zu erörtern.

(BLV-Pressestelle: JW/Foto)

Impressionen der Großkundgebung der 41. Landesdelegiertenkonferenz

